

Wer schützt hier eigentlich wen? Nach dem Kollaps der Credit Suisse bauen sich Polizisten vor der Zentrale der Bank mitten in Zürich auf. Aber hätte der Staat nicht eher die Bürger vor den Banken schützen müssen? FOTO: FABRICE COFFRINI/AFP, COLLAGE: SZ

Ein Tag nachdem sie mit ihrer Bank fast eine weltweite Finanzkrise ausgelöst hätte, richtete sich die Führung der Credit Suisse an die Mitarbeiter. Sie sollen doch bitte ganz normal zur Arbeit kommen, schrieb das Unternehmen in einer internen Mitteilung. Und keine Sorge, die Boni würden wie geplant am 24. März ausbezahlt. Mit dieser Botschaft ging die Bank also in eine neue Woche. Eine Bank, die gerade in einer Art Notoperation gerettet werden musste, damit sie nicht alle anderen mit in den Abgrund reißt.

Business as usual? Na ja. Zehn Milliarden Franken hatten verunsicherte Kunden zum Schluss bei der Credit Suisse abgezogen, am Tag. So viel, dass die Schweizer Regierung sich offenbar nicht mehr anders zu helfen wusste, als am Sonntag eine Pressekonferenz einzuberufen und die internationalen Finanzmärkte mit einer Übernahme der Credit Suisse durch die Konkurrentin UBS zu beruhigen, inklusive Milliarden-Garantien von Bund und Notenbank.

Wäre die Credit Suisse ein normales Unternehmen, ein Maschinenbauer oder eine Drogerieketze zum Beispiel, dann wäre sie jetzt vermutlich pleite, sondern pleite. Ein Großteil der etwa 50.000 Mitarbeiter hätte gar nicht mehr zur Arbeit kommen brauchen. Und an Boni hätte auch keiner gedacht.

Nach der Finanzkrise sagten alle: Nie wieder müssen Steuerzahler Banken retten. Von wegen

Die Credit Suisse ist aber kein normales Unternehmen. Sie ist eine Bank. Und damit hat sie offenbar auch im Jahr 2023 noch genug Erpressungspotenzial.

Fünfzehn Jahre ist es jetzt her, dass die Finanzkrise in den USA ihren Anfang nahm und mit zerstörerischer Wucht um die Welt zog. Eigentlich schienen sie doch schon so weit weg zu sein, die Bilder von damals. Die Bank an der Wall Street mit den Papppaketen unterm Arm. Die ratlosen Börsenhändler vor ihren Monitoren. Peer Steinbrück und Angela Merkel, die sich in Berlin vor die Kameras stellten, um die Deutschen zu beruhigen: Die Spareinlagen sind sicher. Schon damals hatte man geglaubt, dass der Sturm, der anderswo aufgezwungen war, auch hier alles niederreißen würde.

Und schon damals erfuhren die Menschen, was so alles systemrelevant ist in dieser Welt. Dass es Banken gibt, die zwar keine einzige Filiale, dafür aber ein erhebliches Zerstörungspotential haben, wenn man sie einfach pleitegehen lässt. Die Hypo Real Estate zum Beispiel. Rund 70 Milliarden Euro hat die Rettung der Banken damals allein die deutschen Steuerzahler gekostet. Geld, das man auch in Schulen oder in die Bahn hätte stecken können. Und die Frage, die viele nicht Menschen gerade nicht nur in der Schweiz stellen, lautet: Hat die Welt, hat die Politik, haben vor allem die Banken denn gar nichts dazugelernt?

Unter Schweizer Banken macht jetzt ein Videoclip die Runde. „Da Wolf vor da Bahn“ betitelt. In der Hand hält der vierköpfige amerikanische Banker Jordan Belfort, sondern ein junger Schweizer, der bei der Credit Suisse arbeitet. „Ich bin die Gregi Pfister, 21, und schaffa bi da Ceäsa.“

Wenn's nur zum Lachen wäre. Am Montagabend, knapp 24 Stunden nach der Beinahe-Pleite der Credit Suisse, haben sich Dutzende vor dem Hauptgebäude der Bank am Zürcher Paradeplatz versammelt. Dort, wo normalerweise Menschen mit schmalen Anzügen und breitem Selbstbewusstsein zur Arbeit gehen, stehen jetzt zehntausende junge Leute mit Rucksäcken und Kapuzenpullovern.

Die Demonstranten passen fast nicht auf den Vorplatz. Der Chef der Schweizer Jusos sagt, dass man hier wieder mal „die hässliche Pracht des Systems“ gesehen habe. „Brecht die Macht der Banken und Konzerne“, ruf eine von den jungen Grünen ins Mikro. Proteste gegen den Finanzplatz gehören in der Schweiz zum Standardrepertoire der Linken. Aber diesmal sind auch andere Leute gekommen. Eine Frau steht mit ihrem Fahrrad am Rand, Arme verschränkt. Sie kapiert es einfach nicht, sagt sie. Sie ist 55, aus Zürich, Lehrerin für Musik und Bewegung. „Für Bildung ist nie genug Geld da, für die hier schon“, sagt sie und schaut rüber zur Gründerzeitsfassade der Credit Suisse. „Man hätte sie einfach pleitegehen lassen.“

Ob das wirklich eine gute Idee gewesen wäre? Eine unkontrollierte Pleite, da sind sich viele einig, hätte einen Flächenbrand auslösen können, nicht nur in der Schweiz, sondern weltweit. Die Credit Suisse war zwar kein Gigant, aber immer noch auf Rang 45 der weltgrößten Banken. Groß genug also, um die Finanzmärkte zu zittern zu bringen. Zum einen, weil viele Kunden erst mal nicht an ihr Geld herankommen wären, und irgendwann vielleicht auch gar nicht mehr. Vor allem aber, weil womöglich Panik entstanden wäre und Kunden auch bei anderen Banken ihr Geld abgezogen hätten.

Haben die Sicherungssysteme der Finanzwelt also wieder mal versagt? Gibt es fünfzehn Jahre nach der Weltfinanzkrise überhaupt Sicherungssysteme, die diesen Namen verdienen?

Man muss einmal innehalten und sich erinnern, wie groß nach der Weltfinanzkrise 2008 nicht nur der Schock war, sondern auch der Wille, etwas zu verändern. Sogar der ehemalige Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann gab damals zu, dass die Banken strengere Regeln und mehr Eigenkapital brauchen, auch wenn er gleich einschränkte, dass man es bloß nicht über-



Bis zum Umfallen

Wenn man sich den Absturz der Credit Suisse anschaut und die Boni, die sie ausgezahlt hat, merkt man: Nicht alle in der Finanzwelt haben etwas gelernt aus der großen Krise. Die Gier ist immer noch stärker als die Vernunft. Über die Schweiz und das verlorene Vertrauen

Von Isabel Pfaff, Jan Schmidbauer und Meike Schreiber

treiben soll. Kanzlerin Angela Merkel drang vor einem G-20-Gipfel 2009 auf lockere Regeln für die Finanzmärkte. Praktisch alle schworen sich: Nie wieder sollen Steuerzahler für die Rettung von Banken herhalten.

Tatsächlich bemühten sich die Aufsichtsbehörden in den Jahren danach, die Banken härter zu regulieren. In unzähligen internationalen Gremien und Ausschüssen tütelten sie an strengeren Kapitalanforderungen und höheren Liquiditätsquoten. Basel 3, ICR, TLAC, MREL, Bail-In. Mit dem Ehrgeiz von Musterschülern entwarfen sie ein ganzes Konvolut an Regeln. Was genau hinter den Kürzeln steckte, verstanden bald allerdings nur noch Eingeweihte. Irgendwann wirkte es fast, als wollten sich die Experten selbst hinter den Details verstecken. Hauptsache, die Botschaft stimmt: Liebe Banker, auf die Steuerzahler könnt ihr nicht mehr setzen.

Und jetzt? Musste wieder ein Land mit dem Geld der Steuerzahler garantieren, dass eine Bank nicht kollabiert. Noch mal gut gegangen, könnte man sagen. Aber gut ist gar nichts.

Die Schweiz, das war ja immer der Ort, an dem das Geld sicher ist. Oder besser: war

Die Credit Suisse war systemrelevant gewesen sein. Was aber ist dann die neue Grossbank, die dadurch entsteht, dass die noch größere UBS die Credit Suisse übernimmt? In den sozialen Netzwerken wird schon eine Fotomontage geteilt, die zeigt, wie ein steinernes Monster aus der Fassade der Credit Suisse herausbricht. So ist die Lage, fünf Tage nach der Beinahe-Katastrophe: Nach dem Untergang der Credit Suisse wird eine Megabank entstehen, deren Bilanzsumme mit 1600 Milliarden Franken etwa doppelt so groß ist wie die Bruttoinlandsprodukt der Schweiz. Das ist schlecht für den Wettbewerb. Aber vor allem ist die Frage, wieso eine Bank noch retten soll? Schon von der alten UBS hieß es, sie sei viel zu groß für die Schweiz, sagt der Ökonom Martin Hellwig am Telefon. Jetzt ist sie noch viel größer. Hinzu kommt, dass beide Grossbanken bisher auch in fremden

Währungen verschuldet waren. „Dollars, Euros und Pfund, die die Schweizerische Nationalbank nicht drucken kann.“

Auch imagetechnisch ist der Schaden gewaltig. Die Schweiz, das war ja immer der Ort, an dem das Geld sicher war. Lange auch sicher vor den Finanzzürnern. Auf der ganzen Welt fragen sich Investoren jetzt allerdings, ob das noch so ist. Die Schweizer Behörden haben ja nicht nur zwei Banken zusammengelegt. Sie haben auch bestimmte Anleihen in der Bilanz der Credit Suisse für wertlos erklärt, aus Sicht vieler ein Verstoß gegen die internationalen Haftungsregeln, denn im Fall von Pleiten hatten eigentlich erst die Aktionäre, auch als in Finanzkrisen längst getuschelt wurde, wie lange das in Zürich noch gut gehen wird, hatte er sich per Whatsapp an die SZ gewandt. Die Credit Suisse sei nicht mehr überlebensfähig, schrieb Elmer. Schon irrt, wenn man seine Nachrichten heute noch mal liest. „Die Schweiz politik ist mit dem Argument too big to fail die CS retten. Verrückt, ich weiß.“

Damals war der Aktienkurs schon auf drei Euro abgestürzt, zu Spitzenzeiten lag er bei mehr als 50 Euro. Die Aktionäre schienen der Credit Suisse nicht mehr zu trauen. Endgültig. Schlecht geht es der Bank ja schon seit Jahren. Der Zusammenbruch des US-Investmentfonds Archegos, die Pleite der britisch-australischen Greensill: Fast immer, wenn es irgendwo Ärger gab, war die Credit Suisse beteiligt und verlor Milliarden. Erinnert alle sehr an die Deutsche Bank in den Jahren nach der Finanzkrise. „It's always Deutsche“, spottete man damals gern in der Bankenszene, wenn mal wieder ein paar Milliarden verbrannt wurden. In den vergangenen Jahren und Monaten hieß es meist: It's always Credit Suisse.

Was die Investmentbanker aber fast bis zum Schluss nicht daran hindern sollte, bei gefährlichen Geschäften auch immer schon mitzumachen, zum Beispiel bei den sogenannten Leveraged Loans, riskanten Firmenkrediten. „Man hat sich für den Ironman angemeldet trotz Herzfalter“, so hatte einer von der Konkurrenz das mal über die Credit Suisse gesagt. Hauptsache, die kurzfristige Rendite stimmt. Der Schweizer Tages-Anzeiger hat gerade mal nachgerechnet: In den letzten zehn Jahren machte die Credit Suisse insgesamt einen Verlust von 3,2 Milliarden Franken – und schützte in der gleichen Zeit Boni von 32 Milliarden Franken aus.

Wenige kennen die enge Beziehung der Schweizer zu ihren Banken so gut wie er – auch wenn Elmer dafür teuer bezahlen musste. Bis Ende 2002 war er Manager bei der Schweizer Bank Julius Bär auf den Cayman Islands. Dann wurde er um Whiteblower, machte Steuervermeidungsgeschäfte öffentlich, die die Bank dort für reiche Kunden erledigte.

Als er die Tür öffnet, nimmt er einem sofort den Mantel ab. Der Mann, der für vier-

le ein Held ist, findet seit fünfzehn Jahren keinen Job mehr. Er war in Untersuchungshaft, stand jahrelang wegen Verletzung des Bankgeheimnisses vor Gericht. 2018 wurde er freigesprochen. Trotzdem gilt er in der Schweiz als eine Art Landesverräter.

Die Sache mit der Credit Suisse hat Elmer nicht überrascht. Kann jetzt natürlich jeder sagen. Aber schon im November, als auch in Finanzkrisen längst getuschelt wurde, wie lange das in Zürich noch gut gehen wird, hatte er sich per Whatsapp an die SZ gewandt. Die Credit Suisse sei nicht mehr überlebensfähig, schrieb Elmer. Schon irrt, wenn man seine Nachrichten heute noch mal liest. „Die Schweiz politik ist mit dem Argument too big to fail die CS retten. Verrückt, ich weiß.“

Damals war der Aktienkurs schon auf drei Euro abgestürzt, zu Spitzenzeiten lag er bei mehr als 50 Euro. Die Aktionäre schienen der Credit Suisse nicht mehr zu trauen. Endgültig. Schlecht geht es der Bank ja schon seit Jahren. Der Zusammenbruch des US-Investmentfonds Archegos, die Pleite der britisch-australischen Greensill: Fast immer, wenn es irgendwo Ärger gab, war die Credit Suisse beteiligt und verlor Milliarden. Erinnert alle sehr an die Deutsche Bank in den Jahren nach der Finanzkrise. „It's always Deutsche“, spottete man damals gern in der Bankenszene, wenn mal wieder ein paar Milliarden verbrannt wurden. In den vergangenen Jahren und Monaten hieß es meist: It's always Credit Suisse.

Was die Investmentbanker aber fast bis zum Schluss nicht daran hindern sollte, bei gefährlichen Geschäften auch immer schon mitzumachen, zum Beispiel bei den sogenannten Leveraged Loans, riskanten Firmenkrediten. „Man hat sich für den Ironman angemeldet trotz Herzfalter“, so hatte einer von der Konkurrenz das mal über die Credit Suisse gesagt. Hauptsache, die kurzfristige Rendite stimmt. Der Schweizer Tages-Anzeiger hat gerade mal nachgerechnet: In den letzten zehn Jahren machte die Credit Suisse insgesamt einen Verlust von 3,2 Milliarden Franken – und schützte in der gleichen Zeit Boni von 32 Milliarden Franken aus.

Hohe Boni, hohe Risiken. Das war nach der Finanzkrise so, als der damalige Vorstandschef Brady Dougan unter seinem

überforderten Verwaltungsrats Urs Rohner die Bank leitete. Das war unter Nachfolger Tidjane Thiam so, der später wegen seiner Verwicklung in eine Spitzelaffäre gehen musste. Und auch das letzte Führungsduo, Ulrich Körner und Axel Lehmann, änderte nicht viel an der Strategie. Stattdessen glaubten die beiden, mit Durchhalteparolen und Geld von saudischen Aktionären einfach so weitermachen zu können wie bisher.

Rudolf Elmer sieht darin ein Systemversagen. Er sitzt in seiner Küche, vor ihm ein Laptop und ein Stapel ausgedruckter Blätter. Zeitungsartikel aus den letzten Tagen, aber auch eigene Analysen. „Muppetshow à la Suisse!“ hat er über einen seiner Texte geschrieben. Die Behörden, sagt er, haben dieser Bank zu viele Freiräume gelassen.

Hohe Boni, hohe Risiken, das ist so, das war so, und so wird es wohl immer bleiben

Und da ist noch etwas, das Leute wie ihn weitum macht: Dass sie in Bankenkrisen jetzt schon wieder so tun, als seien sie von einer Naturkatastrophe heimgesucht worden. Von einem schweren Unwetter, das in den sozialen Netzwerken noch mehr Kraft sammelte, so ähnlich hätte Credit Suisse-Präsident Lehmann das ja dargestellt. Wenn man sich aber mit Herzflattern zum Ironman anmeldet, wenn man als angeschlagene Bank weiter riskante Geschäfte macht, dann sind nicht nur die Umstände schuld. Dann trägt jemand Verantwortung.

So wie jemand dafür verantwortlich war, dass vor zwei Wochen in Kalifornien die Silicon Valley Bank mit einem Schlag berüht wurde als größter Kollaps eines Geldhauses seit der globalen Finanzkrise 2008. Es war diese Bank, die das gefährliche Virus des Misstrauens weitertrug nach Europa, wo es dann das Finanzinstiz mit den schlechtesten Abwehrkräften infizierte: die Credit Suisse.

Natürlich ist es nicht ganz falsch, wenn Politiker und Aufseher jetzt sagen, dass Regeln doch schon viel strenger sind und Europas Banken heute doppelt so viel Eigenkapital vorhalten müssen wie vor der Finanzkrise. Wahr ist aber auch: Das reicht

wohl nicht. Anders ist jedenfalls kaum zu erklären, dass am Sonntagabend die ganze Welt zusaß, wie sie in Zürich versuchten, eine Bank zu retten.

Pius Sprenger hat die Finanzkrise 2008 als hochrangiger Händler der Deutschen Bank an der Wall Street miterlebt. Wenige in Deutschland kennen die Risiken in dieser Branche so gut wie er. „Gefahren am Finanzmarkt kommt eigentlich immer aus unerwarteten Ecken“, sagt er. Aber sie sind eben keine Naturkatastrophen, man könne etwas tun, sagt er am Telefon. Die Banken bräuchten ein wenig Eigenkapital. Und das ist wichtig: Sie brauchen das richtige Eigenkapital. Leute wie Sprenger schauen auf die sogenannte Leverage-Quote, das Verhältnis von Eigenkapital zu den Schulden in der Bilanz. Üblicherweise liegt sie in der Finanzbranche bei unter zehn Prozent, viele Banken haben noch weniger, bei der Credit Suisse waren es 5,4 Prozent. Das ist eigentlich nur bei Banken so, in Europa existiert praktisch kein gesundes Großunternehmen mit weniger als 30 Prozent Eigenkapital. Ökonomen, aber auch Banker wie Sprenger fordern deshalb höhere Leverage-Quoten für Banken, 15 oder sogar 20 bis 30 Prozent. Aber Sprenger ist auch etwas anderes wichtig: Die Bankvorstände müssten endlich persönlich haften für alles, was zwar schwer zu greifen ist, aber großen Schaden anrichten kann: Untreue, Marktmanipulation, Insiderhandel. Nicht nur in der Theorie. Und notfalls mit Gefängnis.

Was ihr wichtig ist: Schuld ist nicht nur die Credit Suisse. Da hat das ganze System versagt

Zürich am Dienstag. Der Vorplatz der Bank, wo sich gestern noch Demonstrierenden und Polizisten drängten, ist wieder leer, nur ab und zu bleibt ein paar Leute stehen und fotografieren das Logo der Credit Suisse. Wer weiß, wie lange es noch da ist? Von „Wochen, vielleicht Monaten“ hatte UBS-Präsidentin Silvia Schenker am Sonntag gesprochen, als Journalisten wissen wollten, wann die größte Schweizer Bank die zweitgrößte komplett geschluckt haben würde. Verschwinden werden dann nicht nur Logos, sondern wahrscheinlich auch Tausende Arbeitsplätze, vor allem im Investmentbanking der Credit Suisse, wo bis jetzt 17.000 Menschen arbeiten. Die meisten von ihnen können vermutlich immer noch nicht fassen, was da am vergangenen Wochenende passiert ist.

Auch Monika Roth ist noch dabei, das alles zu verarbeiten. Ein Café in Basel, es gibt Sandwiches, Pralinen und hausgemachte Basler Lackerli. Roth bestellt einen doppelten Espresso, sie hat nicht viel Zeit, in den vergangenen Tagen haben so viele Journalisten bei ihr angerufen, dass sie aufgehört hat zu zählen. Sie ist jetzt 71 und die bekannteste Compliance-Spezialistin des Landes. Sie weiß, welche Regeln für Wirtschaftskreure gelten, was Banken dürfen und was nicht, und was die Rolle einer Aufsicht ist. Vor allem aber kennt sie die Leute, um die es in der Schweiz gerade geht. Wer also hat hier Fehler gemacht?

Sie heftig Luft, dann redet sie über die „falsche Kultur“ in der Credit Suisse. Was ist „Unfähigkeit“ des Verwaltungsrats, und die berüchtigte Arroganz ihrer Manager, über die ein ehemaliger Mitarbeiter der Deutschen Bank einmal sagte, man habe ihn dort schon in den Neunzigern behandelt, als käme er aus Bangladesh und würde um Almosen bitten. Was ihr aber wichtig ist: Schuld sind nicht nur die Leute bei der Credit Suisse. „Das war ein Totalversagen der Schweizer Nationalbank und der Finanzmarktaufsicht.“

Deren Vertreter saßen bei der Pressekonferenz am Sonntagabend ja auch auf dem Podium. Vor allem der Aufsicht. Frau wird wohlhängen bleiben: Marlene Amstad, Präsidentin der Finanzmarktaufsicht Finma, und damit eigentlich diejenige, die am genauesten Bescheid wissen müsste über die zahlreichen Fehlritte und Probleme der Credit Suisse. Fast ständig klang sie, als sie über die Ereignisse sprach, die fast zu einer Finanzkrise geführt hätten. Die „Fundamentalität“, also Eigenkapital und Liquidität, seien ja grundsätzlich in Ordnung gewesen. Nur sei das das Vertrauen „immer mehr verloren gegangen“.

Alles in Ordnung, und dann aus heiterem Himmel der Vertrauensverlust, ausgelöst von fiesem Twitter-Gerichten? Monika Roth hat das alles natürlich auch gesehen. „Ich habe gekocht“, sagt sie.

Was jetzt passieren muss? Sie sagt: „Die Regeln sind eigentlich gut. Aber man muss sie auch umsetzen.“ Das hätten aber weder die Notenbank noch die Finanzaufsicht getan, nicht mal im Herbst, als es der Bank schon richtig schlecht ging. Spätestens da hätten die Behörden vorsorgen müssen, sagt sie. Sie hätten hätten sie damit drohen müssen, dass wenn nicht genug Geld da war, sie ziehen. „Aber wir haben ein krankes System“, sagt Monika Roth. Ein kleines Land, zwei systemrelevante Banken, jetzt halt eine noch viel systemrelevanter. Sie ist sich sicher, dass die Finanzaufsicht eine wichtige Bank mit der gleichen Organisationskultur der Behörden nicht gemerkt hätte. Innerhalb die Boni-Auszahlung der Credit Suisse hat die Regierung nach dem Aufschrei der Öffentlichkeit jetzt erst mal gestoppt, zumindest teilweise.

Manches aber hat sich wohl immer noch nicht geändert am Paradeplatz 6 in Zürich. Das Selbstverständnis zum Beispiel. Man kann es von einem Monitor ablesen, der im Foyer der Credit-Suisse-Zentrale hängt, gleich hinter zwei Marmorsäulen: „Wir sind für Sie da“, steht da. Es soll wie ein Versprechen klingen. Aber es klingt jetzt eher wie ein Witz.